



## **Erklärung des EGÖD zur Zukunft unserer Energieversorgung in Krisenzeiten**

Angenommen auf der Tagung des EGÖD-Exekutivausschusses am 4.–5. Mai 2022

Die Zukunft der Energieversorgung Europas, aber auch die Energiewende selbst stehen vor einer tiefen Krise, die nicht zuletzt durch Russlands militärische Invasion der Ukraine weiter verschärft wird. Diese Zuspitzung der Situation erfolgt zu einem Zeitpunkt, da Europa bereits mit steigenden Energiepreisen und vor allem der massiven Verteuerung von Gas konfrontiert wird. Daraus ergeben sich besonders in Ländern, die in hohem Maße von russischen Gas-, Öl- und Kohlelieferungen abhängig sind, gravierende Folgen für die Beschäftigten und die Verbraucher/-innen.

Der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) vertritt die Beschäftigten in der Energiewirtschaft und ihre Gewerkschaften. Unsere Mitglieder stehen solidarisch an der Seite der ukrainischen Arbeitnehmer/-innen und der Menschen, die infolge des Krieges unglaubliches Leid erfahren. Diese leidvollen Erfahrungen werden sich ebenfalls auf die Arbeitnehmer/-innen und die Menschen in Russland und Europa auswirken, da sich auch dort die Folgen dieses Krieges bemerkbar machen.

Die Arbeitnehmer/-innen, die unsere Mitglieder organisieren, unterstützen mit ihren Aktionen ihre Kollegen/-innen in der Ukraine. Ein Beispiel hierfür sind die britischen Energiearbeiter, die sich geweigert haben, Flüssigerdgas aus einem russischen Gastanker in Lagertanks umzupumpen.<sup>1</sup> Unsere Mitglieder zeigen sich ebenfalls besorgt und solidarisch im Hinblick auf die ukrainischen Beschäftigten in den Atomkraftwerken des Landes, die ihr Leben riskieren, damit die Anlagen weiterhin sicher in Betrieb bleiben können. Die Eroberung des ehemaligen ukrainischen Atomkraftwerks Tschernobyl und des größten Atomkraftwerks in Europa, Saporischschja mit 12.000 Beschäftigten, wurde als Geiselnahme bezeichnet.<sup>2</sup> Wir applaudieren ihrem Mut, um Europas Sicherheit nicht zu gefährden.

Vor dem Krieg in der Ukraine hatten langfristige Prognosen gezeigt, dass der massive Anstieg der Energiepreise nicht nur einfach eine vorübergehende Laune des Marktes ist. Stattdessen sind diese Preise Zeichen für tiefere Probleme unserer Energiepolitik in Europa, z. B. Liberalisierung, Austerität oder Einschränkung der staatlichen Kontrollen.

Die Europäische Kommission hatte vorausgesagt, dass die Preise für Strom und Gas bis mindestens 2023 angespannt bleiben würden, die Inflation verschärft und das Leben zahlreicher Menschen in Europa und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft

---

<sup>1</sup> <https://www.unison.org.uk/news/2022/03/energy-workers-put-a-spoke-in-putins-war-machine/>

<sup>2</sup> <https://www.reuters.com/world/europe/staff-ukraines-zaporizhzhia-nuclear-plant-under-russian-orders-iaea-says-2022-03-06/>

massiv beeinträchtigt würden mit der Folge einer Gefährdung zahlreicher Arbeitsplätze.<sup>3</sup> Angesichts des Krieges in der Ukraine dürften diese grundlegenden Probleme in den kommenden Monaten weiter zunehmen.

Wir müssen uns daher fundamentale Fragen über die Energiezukunft stellen, die wir haben wollen. Eine emissionsarme, bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen und stabilen Preisen ist erforderlich, um das Recht auf Energie umzusetzen und um Energie für unsere Industrien und für öffentliche Dienste zu liefern. Was wir nicht brauchen, ist eine weitere Liberalisierung der Energiemärkte in Europa. Angesagt ist vielmehr eine Stärkung des öffentlichen Dienstes als Garant für eine sichere Energieversorgung.

Es muss eine Abkehr von dem schädlichen Trend zur Liberalisierung der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft erfolgen. Der Nutzen der Liberalisierung ist gering, während es für Regierungen immer schwieriger wird, die Kontrolle über die Energieversorgung zu behalten. Ebenfalls schwieriger wird es, die Verbraucher/-innen zu schützen und dafür zu sorgen, dass sie zu einem bezahlbaren Preis Zugang zu der Energie haben, die sie brauchen. Es sind tiefgreifende Reformen erforderlich, um das Recht auf eine emissionsarme Energieversorgung für die Menschen in Europa umzusetzen.

### **Wir brauchen tiefgreifende Reformen, um die Verbraucher/-innen vor steigenden Energiepreisen zu schützen**

Die tiefe Krise, mit der wir konfrontiert werden, kann nicht durch halbherzige Korrekturen des bisherigen Systems bewältigt werden. Wir müssen grundlegende Reformen in Angriff nehmen, damit wir alle Teile unserer Energieversorgung auf eine Netto-Klimaneutralität umstellen können. Dies muss in einer klimatisch und wirtschaftlich nachhaltigen Weise erfolgen, und dieser Übergang muss sozial gerecht gestaltet werden. Diese Reformen müssen auch unsere Abhängigkeit von Energieimporten in die EU verringern. Weiterhin müssen wir die Diversifizierung unserer Lieferquellen und Lieferlogistik priorisieren. Die Kontrolle, die Planung und der Besitz der Energieversorgung und der Energieressourcen durch den Staat ist ein wichtiger Teil dieser Antwort. Vor allem aber müssen wir uns wieder auf das Konzept des öffentlichen Eigentums zurückbesinnen.

Der EGÖD hat Anfang 2022 einen Bericht über das „Recht auf bezahlbare, saubere Energie für alle Europäer/-innen“<sup>4</sup> veröffentlicht. Dieser Bericht zeigt, dass das Problem der Energiearmut nicht dadurch gelöst werden kann, „dass man den Markt gewähren lässt.“ Energiearmut betrifft mehr als 50 Millionen Europäer/-innen. Diese Zahl hat auch schon vor Beginn des Krieges in der Ukraine schnell zugenommen und wird jetzt wahrscheinlich regelrecht explodieren. Der EGÖD legt dar, wie Sofortmaßnahmen durch nachhaltige langfristige strukturelle Lösungen begleitet werden sollten. Dazu gehören ein sozial gerechter emissionsarmer Übergang im Arbeitsmarkt, ein angemessener Einkommens- und Sozialschutz, eine faire Preisgestaltung sowie umfassend subventionierte Gebäudesanierungs- und Energieeffizienzprogramme.

<sup>3</sup> <https://www.euractiv.com/section/energy/news/leak-energy-prices-will-remain-high-and-volatile-until-at-least-2023-eu-commission-says/>

<sup>4</sup> <https://www.epsu.org/article/guaranteeing-right-affordable-clean-energy-all-europeans>

Die derzeitige Situation mit hohen Energiepreisen hat den Energiekonzernen gigantische Gewinne eingebracht. Das gilt besonders für diejenigen mit einer hohen Produktionskapazität für fossile Energieträger. In einer Situation, in der zahlreiche Menschen nur mit Mühe ihre Wohnungen heizen und ihre Rechnungen bezahlen können, sind Steuern auf außerordentliche Gewinne geeignet, diese gerade in der aktuellen Situation von den Unternehmen erzielten Gewinne abzuschöpfen. Diese Steuereinnahmen sind ausschließlich zweckbestimmt zu verwenden und müssen direkt an einkommensschwache Haushalte gezahlt werden. Die einzelstaatlichen Regierungen sollten ebenfalls die Steuern auf Energierechnungen senken. Diese Maßnahmen wären sofort wirksam und könnten einen Beitrag zur Verringerung der Energiearmut leisten. Gewerkschaften in Europa stellen diese Forderung seit vielen Jahren.

Ein System allerdings, das den Strompreis an den Gaspreis koppelt, ist grundlegend ungeeignet, um den Menschen in Europa Zugang zu bezahlbarer Energie besonders in Krisenzeiten zu sichern. Wir brauchen dringend Reformen.

Der Krieg in der Ukraine zeigt auch mehr als deutlich, dass die Speicherkapazitäten in den Mitgliedstaaten und die für das Gasmanagement vorgesehenen Infrastrukturen in Europa (Rückvergasungsanlagen, europäisches Gas-Verbundnetz zwischen den einzelnen Staaten) nicht ausreichen, um Gaspreisschocks aufzufangen. Der Anteil der erneuerbaren Energien in Europa ist nach wie vor zu gering, um diese Probleme allein bewältigen zu können. Diese Faktoren haben im Rahmen liberalisierter Energiemärkte zur Folge, dass private und industrielle Verbraucher zum Spielball von Spekulationen werden.

Um die Verbraucherseite vor solchen Preissprüngen zu bewahren, fordern wir regulierte Preise für Strom und Gas für private Haushalte und ein Verbot von Versorgungssperren, um private Verbraucher/-innen zu schützen. Ein schrittweiser Verzicht auf regulierte Energiepreise würde eine der wirksamsten Möglichkeiten gefährden, Menschen in Energiearmut oder angesichts drohender Energiearmut sofort zu helfen. Zwar erkennt das von der Kommission veröffentlichte Dokument 'Gemeinsames europäisches Vorgehen für erschwinglichere, sichere und nachhaltige Energie' Preisregulierungen als legitimes Instrument für den Schutz der Endkunden/-innen an, aber nur dann, wenn diese Maßnahme letztlich darauf abzielt, „einen kontinuierlichen Übergang zu uneingeschränktem Wettbewerb sicherzustellen.“<sup>5</sup> Dass der Einsatz eines so wichtigen Instruments wie Preisregulierungen von der Durchsetzung des Dogmas der freien Märkte mit ihrem uneingeschränkten Wettbewerb abhängig gemacht wird, ist zynisch und ignoriert die Hinterlassenschaften der Marktdynamik im Energiesektor.

Schließlich haben wir ebenfalls ein Verbot der Versorgungssperren und die Bereitstellung einer Mindestenergieversorgung für alle gefordert. Diese Forderung im Hinblick auf die Stromversorgung wurde jetzt von dem französischen Energiekonzern EDF in die Tat umgesetzt.<sup>6</sup> Allerdings betrifft dies zurzeit nur Frankreich und löst nicht das Problem der

---

<sup>5</sup> [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_22\\_1511](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_1511)

<sup>6</sup> <https://www.edf.fr/en/the-edf-group/dedicated-sections/journalists/all-press-releases/edf-will-no-longer-request-that-electricity-be-cut-off-to-its-residential-customers#:~:text=12%20Nov%202021->

Selbstabschaltung. Wir fordern, dass ein solches Verbot des Sperrens der Versorgung mit Energie, die ein primäres Gut der Daseinsvorsorge ist, in allen Mitgliedstaaten eingeführt wird. Dies sollte auch die wirksame Lösung des Problems der Selbstabschaltung beinhalten.

### **Förderung eines Konzepts der Energieversorgung als öffentliches Gut und Anerkennung ihrer Rolle als wichtiger öffentlicher Dienst**

Zwar sind Preisregulierungen, das Verbot von Versorgungssperren und Zusatzsteuern auf Markttagengewinne dringend gebotene Maßnahmen, die ohne Zeitverzögerung umzusetzen sind, aber wir müssen grundsätzlich über die zukünftige Energieversorgung nachdenken, die wir haben wollen. Der EGÖD setzt sich für Energieversorgung als öffentlichen Dienst ein und sieht Energie nicht nur als ein Handelsware an, die gegen Gewinn geliefert wird.

Öffentliche Dienste (in den Verträgen allgemein definiert als Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse DAWI) werden von der Kommission als Dienste angesehen, die eine wichtige Rolle für den gemeinsamen Wertekanon der Europäischen Union spielen, denn „sie fördern nicht nur die wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion der Union sowie das Wohlergehen der Menschen in der gesamten EU, sondern leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung<sup>7</sup>.“ Zu diesen DAWI gehört auch die Energieversorgung.

2019 hat der EGÖD einen Bericht mit Forderungen nach einem „CO<sub>2</sub>-armen, bezahlbaren und demokratischen Energiesystem für Europa“ veröffentlicht.<sup>8</sup> Der Bericht zeigt, wie die Liberalisierung der Energieversorgung so gut wie keine Antworten auf die fortschreitende Klimakrise zu geben weiß. Der weit verbreitete Einsatz praktikabler Alternativen zu kohlenstoffemittierenden Energiequellen wurde weitgehend mit der Hilfe beträchtlicher öffentlicher Subventionen in die Wege geleitet, nicht durch den Wettbewerb des freien Marktes. Der Bericht zeigt ebenfalls, dass wir ohne eine tiefgreifende Änderung der derzeitigen Energieversorgungsmodells in Europa unsere im Pariser Abkommen definierten Klimaziele nicht erreichen werden.

Trotz des Fehlens nachweisbarer Erfolge folgen die politischen Entscheidungsträger/-innen in Europa weiter dem Irrweg der Liberalisierung. Die Kommission und EU-Einrichtungen wie die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) fordern weiterhin niedrigere Eintrittsbarrieren für Marktteilnehmer, um die Preise unter Kontrolle zu bringen.

Die Erfahrungen zeigen, dass das Gegenteil der Fall ist. Das VK ist ein gutes Beispiel dafür, dass eine exzessive Liberalisierung die Volatilität der Märkte erhöht. Das führt letztlich zu einer Situation, in der Preisfluktuationen viele Marktteilnehmer in den Konkurs treiben, vorfinanzierte Beträge verlorengehen, keine solide Absicherung mehr möglich ist und hohe

---

[\\_EDF%20will%20no%20longer%20request%20that%20electricity,off%20to%20its%20residential%20customers&text=EDF%20is%20making%20a%20commitment,supply%20cuts%20throughout%20the%20year.](#)

<sup>7</sup>[https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/com/com\\_com\(2011\)0146\\_/com\\_com\(2011\)0146\\_en.pdf](https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/com/com_com(2011)0146_/com_com(2011)0146_en.pdf)

<sup>8</sup> <https://www.epsu.org/article/going-public-decarbonised-affordable-and-democratic-energy-system-europe-new-epsu-report>

Großhandelspreise nicht mehr aufgefangen werden können. Dieses System sorgt dafür, dass Verluste von allen Verbraucher/-innen getragen werden müssen, während Gewinne privatisiert werden und von einer Handvoll von Investoren kassiert werden. Das verursacht für die Endkundenseite neben dem Problem der ohnehin stark steigenden Energierechnungen weitere Kosten. Marktanalysen gehen in Fall des VK davon aus, dass diese Zusatzkosten bei mehr als 110 Pfund pro Haushalt liegen werden.<sup>9</sup>

### **Eine demokratische, offene und unvoreingenommene Debatte über unsere Energiezukunft**

Abschließend fordern wir die Kommission auf, einer offenen Debatte über unsere Energiezukunft im Interesse der Menschen und des Planeten eine hohe Priorität zu geben. Eine solche Debatte muss alternative Modelle der Energieversorgung ernst nehmen und bisherige Dogmen des freien Marktes in Frage stellen.

Ein Beitrag zu dieser Debatte ist das Gewerkschaftsprogramm für eine öffentliche und emissionsarme Energiezukunft.<sup>10</sup> Dieses Programm wurde von den ‚Gewerkschaften für Energiedemokratie‘ [TUED] erstellt. TUED ist ein Netzwerk, dem 89 Gewerkschaften aus 26 Ländern auf 6 Kontinenten angehören und das sich mit dem aktuellen Zustand und möglichen zukünftigen Ideen für unsere Energieversorgung befasst. Hierbei geht es um Alternativen zu der bisherigen neoliberalen Klima- und Energiepolitik, die bei der Senkung der Treibhausgasemissionen bisher versagt hat und die die Verbraucher/-innen den Unwägbarkeiten eines volatilen Marktes ausliefert. TUED bietet eine Blaupause für eine zukünftige öffentliche und demokratische Energieversorgung im Interesse der Menschen und des Planeten.

Diese Debatte muss eine unabhängige Überprüfung der Auswirkungen der Energieliberalisierung auf unsere Energieversorgung und unsere Fähigkeit beinhalten, die Herausforderungen der Dekarbonisierung auf dem Weg zur Klimaneutralität zu bewältigen. Sie muss Gewerkschaften und auch die Zivilgesellschaft sowie Vertreter/-innen von Organisationen und ihre Kampagnen gegen die Energiearmut mit einbinden. Die europäischen Energiegewerkschaften im EGÖD sind bereit, sich an dieser Debatte zu beteiligen. Wir wollen eine emissionsarme, bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung, die das Recht auf Energie für die Menschen in Europa, unsere Wirtschaft und die öffentlichen Dienste umsetzt.

---

<sup>9</sup> <https://www.theguardian.com/money/2021/nov/29/collapse-of-uk-energy-firms-could-cost-each-household-extra-120>

<sup>10</sup> [https://www.epsu.org/sites/default/files/article/files/Trade%20Union%20Program%20for%20a%20Public%20Low-Carbon%20Energy%20Future\\_0.pdf](https://www.epsu.org/sites/default/files/article/files/Trade%20Union%20Program%20for%20a%20Public%20Low-Carbon%20Energy%20Future_0.pdf)